

NACHRICHTEN

Zugestellt durch post.at

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Schulkonzept
- 0 Stolpersteine
- 0 Lerncafe Mondi
- 0 Krieg Ukraine

Alles wird teurer - Gegenmaßnahmen sind nötig!

Die Preise für Strom, Gas, Treibstoffe und Fernwärme explodieren. Auch die Mieten bleiben weiterhin ein Preistreiber. Währenddessen sinken Löhne und Gehälter und Pensionen weil die Anhebungen hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Viele merken es immer deutlicher am Konto: **Es geht sich nicht mehr aus!**



Schon die Corona-Krise hat das Leben teurer gemacht. Bei den Energiepreisen war schon im Vorjahr ein deutlicher Anstieg zu spüren. Der schreckliche Krieg in der Ukraine setzt eine zusätzliche Teuerungswelle in Gang und öffnet auch den Spekulanten Tür und Tor.

Lebensmittel, Treibstoffe, Erdgas und vieles mehr: Die Preise steigen selbst dort, wo das Angebot (noch) nicht knapper geworden ist. Damit wird viel Geld verdient. Spekulanten machen Profit und die Menschen bezahlen dafür.

Spekulation gefährdet ihre Gesundheit!
Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten sich das tägliche Leben leisten zu können. Bei Grundnahrungsmitteln, beim Wohnen, Heizen und beim Treibstoff hat man wenig Möglichkeit etwas einzu-

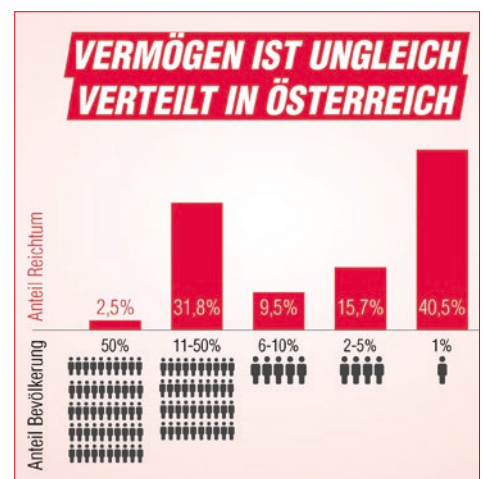
sparen. Das wissen auch die Konzerne und Spekulanten und treiben die Preise in die Höhe. Das erhöht den Reichtum einiger Weniger und treibt weltweit viele Millionen in Armut und Elend. Selbst eine sichere Arbeitsstelle ist kein Schutz vor Armut. Wer arm ist, ist öfter krank und hat eine kürzere Lebenserwartung.

Wer profitiert vom hohen Gaspreis?
Trotz des Krieges liefert Russland weiterhin Gas durch die Ukraine nach Europa. Der Hauptanteil dieser Lieferungen wird über Verträge mit Fixpreisen abgewickelt. Die Hauptprofiteure der Erhöhungen sind also die Konzerne, die das Gas importieren.

Für eine Preisregulierung und hohe Löhne!
Die arbeitenden Menschen dürfen nicht die Kosten von Krieg und Krise bezahlen! Die Regierung hat nun einige Teuerungshilfspakete geschnürt, aber das ist nur einen Tropfen auf den heißen Stein und macht die Menschen zu Bittstellern. Es geht auch um die Würde der Menschen und deshalb braucht es endlich gesetzliche Mindestlöhne und Pensionen, von denen Jeder gut leben kann. Und es braucht eine Regulierung der Preise für alle lebensnotwendigen Produkte.

Für eine Besteuerung der Krisenprofiteure!
Wer an der Corona-Krise und am Krieg verdient hat soll dafür besteuert werden! Die Vermögen der Reichen und die Profite der großen Konzerne sind in der Corona-Krise deutlich gestiegen. Der Krieg in der Ukraine beschert den Rüstungs- und Energiekonzernen satte Gewinne.

Darum braucht es endlich eine Reichensteuer um die Kosten der Krise aufzufangen und mehr Gerechtigkeit zu schaffen.



Rechnungsabschluss 2021: Rund 2,13 Millionen Überschuss, zu wenig soziale Handschrift

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Knittelfeld für das vergangene Jahr ist positiv ausgefallen. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Gemeindefinanzen waren nicht so drastisch wie befürchtet. Hauptgrund für die positive Entwicklung waren Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer und höhere Einnahmen bei den Ertragsanteilen (Anteil an den Steuereinnahmen des Bundes, der an die Gemeinden ausbezahlt wird).

Ergebnishaushalt, gerundet

Erträge:	37,99 Mio. Euro
Aufwendungen:	34,92 Mio. Euro
Entnahme	
Haushaltsrücklage:	1,80 Mio. Euro
Zuweisung	
Haushaltsrücklage:	2,72 Mio. Euro
Summe:	- 0,94 Mio. Euro
Nettoergebnis nach	
Haushaltsrücklagen:	2,13 Mio. Euro

Außerdem hat der Bund nun endlich auf die Rückzahlung der Vorschüsse auf die Ertragsanteile verzichtet. Die hat der Bund als Corona-Hilfe gewährt. Sie sollten aber ursprünglich von den Gemeinden wieder zurückbezahlt werden. Diese Benachteiligung der Gemeinden gegenüber den ansonsten üppigen Wirtschaftsförderungen, vor allem an Großkonzerne, haben wir stets kritisiert. Nun wurde der politische Druck so groß, dass der Bund auf die Rückzahlung verzichtet hat.

Bereits im Vorjahr war man in sozialen Belangen knausrig. Der Rechnungsabschluss zeigt, dass vom mit 20.000 Euro budgetierten Soforthilfefonds nur 1.050 Euro ausbezahlt wurden. Beim Energiekostenzuschuss bleiben rund 5.300 Euro im Topf, beim Sportpool und sonstigen Subventionen blieben rund 16.300 Euro übrig.

Das vergangene Jahr war sicher für viel Menschen, aber auch Vereine, schwierig. Warum hat man sich, als klar wurde, dass für Sozialmaßnahmen budgetiertes Geld noch übrig ist, nicht bemüht neue Hilfsangebote zu schaffen?

Wir meinen, die Gemeinde sollte nun ein Teuerungspaket zur Unterstützung der KnittelfelderInnen schnüren. Dieser Rechnungsabschluss liefert die finanzielle Basis dafür. Das haben wir schon öfter gefordert, bisher waren die Gemeindeverantwortlichen aber nicht dazu bereit.

Die KPÖ hat den Rechnungsabschluss 2021 auf Grund der fehlenden sozialen Handschrift abgelehnt. Er wurde von SPÖ, aber auch von ÖVP und FPÖ kommentarlos beschlossen.

SPÖ: Schein und Sein

Für immer mehr Menschen ist es schwer finanziell über die Runden zu kommen. Das merke ich in unseren KPÖ-Sozialsprechstunden ganz deutlich. Es braucht also dringend Maßnahmen um gegenzusteuern.

Auch die SPÖ hat sich den Kampf gegen die Teuerung auf die Fahnen geschrieben: Auf Bundesebene fordert die Sozialdemokratie z.B. die Rücknahme der Erhöhung der Kategorie- und Richtwertmieten. Die steirische SPÖ begeht den 1. Mai 2022 unter dem Motto „Aufstehen für ein leistbares Leben“.

Das wäre grundsätzlich zu begrüßen und die KPÖ ist gerne bereit gemeinsam mit der SPÖ für Maßnahmen gegen die Teuerung einzustehen. In Graz, wo KPÖ und SPÖ gemeinsam mit den Grünen regieren, ist das auch passiert: Die Erhöhung der Gebühren und der Mieten in den Gemeindeförderungswohnungen wurde ausgesetzt und der Energiekostenzuschuss erhöht.

In Knittelfeld, wo die SPÖ alleine regiert, sieht das aber leider ganz anders aus. Hier hätte die SPÖ die Mehrheit um die von der Teuerung geplagten Menschen zu entlasten. Unsere Stadtgemeinde hätte auch die finanziellen Möglichkeiten dazu: Der Rechnungsabschluss 2021 zeigt ein Plus von mehr als zwei Millionen Euro. Daraus ergäbe sich die Aufgabe ein Sozialpaket zu schnüren und den KnittelfelderInnen unter die Arme zu greifen.

Die KPÖ hat dazu Vorschläge gemacht: Ein Teuerungsbonus für Knittelfelder BürgerInnen, die Aussetzung der Erhöhung bei Mieten und Gebühren. Leider konnten wir dazu keine Zustimmung erreichen. Die Gebühren und die Mieten wurden erhöht, die Entscheidung über ein Teuerungshilfspaket auf Herbst verschoben. In der Gemeinde Spielberg, die finanziell schlechter dasteht als Knittelfeld, wird ein Teuerungsbonus beschlossen.

Die SPÖ braucht sich nicht wundern, dass sie immer mehr an Glaubwürdigkeit verliert. Es reicht nicht auf Bundes- und Landesebene Maßnahmen einzufordern, aber dort wo man Einfluss hat nichts zu tun. Reden Sie mit den GemeindevertreterInnen, unterstützen Sie unsere Forderungen. Um ein Umdenken und Maßnahmen gegen die Teuerung zu erreichen braucht es auch Druck von unten, meint...

... Ihr KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi



Neues Schulkonzept: Neubau, Umsiedelungen und eine Brücke über die Kärntnerstraße

Lange war die zukünftige Entwicklung der Knittelfelder Schulen kein Thema im Gemeinderat, das Knittelfelder Schulkonzept trotz mehrerer Nachfragen von ÖVP und KPÖ nur ein Schlagwort. Nun wurde endlich ein Konzept ausgearbeitet, präsentiert und einstimmig im Gemeinderat beschlossen.

Das Konzept enthält gravierende Veränderungen und positive Ansatzpunkte. Der Bund übergibt das Gebäude in der Leitnerstraße zur Gänze an die Gemeinde und übernimmt dafür Teile der Kärntnerschule. Das bedeutet, das Gymnasium und die Musikschule übersiedeln von der Leitnerstraße in die Kärntnerschule.

Das Gymnasium wird durch eine Brücke über die Kärntnerstraße nun räumlich vereint. Damit wird die bisherige Trennung der beiden Standorte aufgehoben. Für die Gestaltung der Brücke wurde ein Gestaltungswettbewerb ausgeschrieben. Die Ergebnisse sollen Anfang Juli vorliegen

Das Gebäude der bisherigen Lindenallee-Schule wird, bis auf den Teil mit dem Kindergarten und der Montessori Schule, abgerissen. Es entsteht ein völlig neuer moderner Schulkomplex. Dorthin übersiedeln dann die Volksschulklassen der Kärntnerschule und die Sonderschule, wodurch auch die Möglichkeit für gelebte Inklusion von Kindern mit Behinderung gegeben ist.

Containerunterricht

Während der Umbauarbeiten und Umsiedelungen wird der Unterricht der Volksschulklassen in Containern auf dem Gelände der Kärntnerschule erfolgen. Das ist sicherlich eine große Herausforderung für SchülerInnen und Lehrpersonal.

Die Neue Mittelschule in der Lindenallee und die Neue Mittelschule Rosegggasse werden in der Leitnerstraße an einem Standort vereinigt. Das Polytechnikum verbleibt in der Leitnerstraße. Auch die Schule in der Leitnerstraße soll saniert werden. Was mit dem Gebäude in der Rosegggasse, das derzeit leer steht, geschehen soll ist noch offen. KPÖ-GR Josef Meszlenyi meinte als Zukunftsvision, dass dies ein guter Standort für eine Fachhochschule wäre.

Wir sind der Meinung, dass das ein interessantes Konzept mit guten Lösungsansätzen ist. Positiv ist, dass das Gymnasium nun vereinigt wird. Der Neubau der Lindenallee-Schule bietet Gelegenheit einen modernen Bau nach den neuesten pädagogischen Erkenntnissen zu errichten.

Lindenallee: Verkehrskonzept notwendig
Notwendig ist ein neues Verkehrskonzept für die Lindenallee, die jetzt eher den Eindruck eines einzigen großen Parkplatzes vermittelt. Ziel müsste es auch sein, die Schulwege so sicher zu gestalten und



Die Lindenallee-Schule wird abgerissen. Die Kärntner Volksschule und die Sonderschule übersiedeln in einen neuen modernen Schulkomplex.

auch darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Kinder zu Fuß zur Schule gehen - anstatt von den Eltern mit dem Auto gebracht zu werden. Das wäre wichtig für die notwendige Bewegung und ein gemeinsamer Schulweg kann auch ein schönes Erlebnis sein.

60 % Förderung auch für Knittelfeld!

Die Kosten des Umbaus werden auf rund 20 Millionen Euro geschätzt. Der Bürgermeister berichtete, dass 50 Prozent der Summe vom Land gefördert werden. KPÖ-Stadträtin Renate Pacher wies darauf hin, dass das Land für die Schulbauten in Zeltweg und Spielberg 60 Prozent an Förderung zugesagt hat. Ziel muss es sein auch für Knittelfeld diese Förderhöhe zu bekommen.

Im Vorfeld der Erstellung des Knittelfelder Schulkonzeptes gab es einiges an Kritik, dass die örtlichen Schulleitungen kaum in die Erstellung eingebunden waren. Daraus sollten Lehren gezogen werden. Die Betroffenen, also die Kinder, der Lehrkörper und die Eltern sollten in die weiteren Planungen bestmöglich einbezogen werden. Wir wünschen dem Schulkonzept eine rasche, gute und problemfreie Umsetzung.

Buchhandlung in Knittelfeld

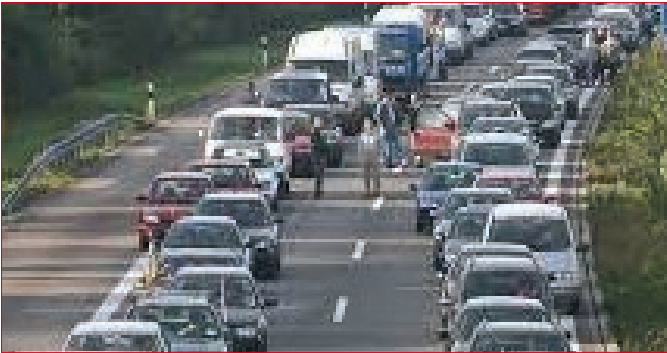
Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

S36/S37: Vollausbau bringt viel mehr Lärm und Verkehr



Seit vielen Jahren gibt es Diskussionen um den vierspurigen Vollausbau der S36 und S37 bis nach Kärnten. Gegen den Vollausbau hat sich vor Jahren eine sehr aktive Bürgerinitiative gebildet. Nun wurde das Projekt von Umweltministerin Leonore Gewessler überprüft und anschließend gestoppt. Eine gute Entscheidung für Natur und Lebensqualität.

Vor einigen Wochen haben Wirtschaftskammer und ÖVP gegen die Absage des Projekts mobil gemacht. Die Ministerin wurde gar als „Totengräberin der Region“ bezeichnet. Ebenso gut könnte man die Befürworter des Vollaubaus als Totengräber der Lebensqualität in unserer Region bezeichnen.

Wahrung vor Lärmhölle

Vor Jahren gab es eine von der Bürgerinitiative veranstaltete Diskussion mit dem bekannten Verkehrsexperten Hermann Knoflacher. Er forderte die Menschen dazu auf, sich mit Händen und Füßen gegen die Pläne für einen Vollausbau zu wehren. Denn dadurch werde eine attraktive neue Transitroute in Richtung Süden geschaffen. Das würde viel mehr Verkehr, Lärm und Schadstoffbelastung bedeuten. Nachdem einige Täler entlang der Strecke besonders eng sind, würde dort die Belastung besonders unerträglich werden. Außerdem meinte Knoflacher gäbe es zahllose Beispiele, dass der Ausbau von Verkehrswegen die Abwanderung von Menschen und Wirtschaftskraft begünstigt habe.

Von den vermehrten Belastungen durch einen Vollausbau wäre das ganze Murtal betroffen. Lärm (Eurofighter, Red Bull Ring, Autobahn...) ist in unserer Region ohnehin schon ein großes Problem. Noch mehr wäre eine Zumutung. Deshalb sollten sich unsere örtlichen PolitikerInnen und Gemeindevertreter hinter die Entscheidung der Umweltministerin stellen. Statt den Ausbau von Straßen sollten wir den Ausbau des Bahnverkehrs vorantreiben.

Die nächste Gemeinderatssitzung:

Mo. 27. Juni, Mo. 26. Sept., Mo. 12. Dez.

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von den BürgerInnen besucht werden.

Aus dem Gemeinderat

Willkommensgeschenk

Die Gemeinde Übelbach überreicht allen Menschen, die dort ihren Hauptwohnsitz anmelden ein Willkommensgeschenk. Darin befinden sich Informationsbroschüren und Gutscheine für örtliche Handelsbetriebe. So fühlen sich die neuen Gemeindemitglieder willkommen und sind über die Gemeinde und Einkaufsmöglichkeiten informiert.

KPÖ-GR Sylvia Lammer hat angeregt diese Idee auch für Knittelfeld aufzugreifen. Der Bürgermeister hat zugesagt darüber nachzudenken.

65.000 Euro Wirtschaftsförderung

Der Verein Citymanagement Knittelfeld erhält eine Förderung von 65.000 Euro für die Projekte „Markt'In in Knittelfeld“ und das Leerflächenmanagement in Knittelfeld. KPÖ-GR Josef Meszlenyi erklärte, dass dies ein sehr hoher Betrag sei. Deshalb sollte dem Gemeinderat auch regelmäßig berichtet werden welche Erfolge das Leerflächenmanagement aufzuweisen hat.

Ukraine-Hilfe

Der Gemeinderat hat beschlossen für Flüchtlinge aus der Ukraine drei Gemeindewohnungen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurde beschlossen am 1. Mai ein Benefizkonzert im Kulturhaus zu veranstalten. Natürlich ist es wichtig, dass den Menschen geholfen wird. KPÖ-GR Sylvia Lammer erklärte, es wäre schön gewesen, wenn allen Menschen die in den vergangenen Jahren vor den zahlreichen Kriegen geflüchtet sind eine ebenso große Welle der Hilfsbereitschaft entgegengebracht worden wäre.

Aussetzung Indexierung Familienkarte

Gegen die Stimmen der KPÖ wurde beschlossen Gemeindegebühren, wie für Wasser und Kanal, aber auch die Eintrittspreise beim Schwimmbad, jährlich nach dem Verbraucherpreisindex zu erhöhen. Auch die Arbeiterkammer sieht das kritisch. In einer Aussendung der AK ist zu lesen: „Mittelfristig ist, glaube ich, notwendig hinzuschauen, ob die Indexierung wirklich adäquat ist - wie beispielsweise bei den Gebühren“.

Nun wurde beschlossen die Indexierung der Familienkarte im Schwimmbad für fünf Jahre auszusetzen. Ein richtige Entscheidung - nur müsste dieser Weg auch bei den anderen Gemeindegebühren eingeschlagen werden!

Verkehrsbündel Aichfeld

Der Gemeinderat hat beschlossen, dass sich Knittelfeld auch in den kommenden 10 Jahren an der Finanzierung des Aichfeldbusses beteiligt. Das ist natürlich wichtig und richtig. KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi hat angemerkt, dass es zusätzliche Finanzierungen für die Buslinien braucht um günstigere Ticketpreise zu ermöglichen. Gerade jetzt wo die Spritpreise in ungeahnte Höhen steigen, kann durch gute und günstige Verbindungen der Umstieg vom Auto auf Öffis schmackhaft gemacht werden.

SPÖ und FPÖ: Kein Bekenntnis zur Verlegung von „Stolpersteinen“ für Knittelfelder Opfer des Nationalsozialismus

Die „Stolpersteine“ sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig, das im Jahr 1992 begann. Mit im Boden verlegten kleinen Gedenktafeln, sogenannten Stolpersteinen, soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

Am 29. Dezember 2019 verlegte Demnig in Memmingen den 75.000sten Stolperstein. Stolpersteine wurden in 26 europäischen Ländern verlegt. Sie gelten als das größte dezentrale Mahnmal der Welt. Auch in der Steiermark wurden bisher 278 Stolpersteine in Graz, Leoben, Frohleitens, Kindberg, der Ramsau und Schladming verlegt. Heuer sind Verlegungen in Graz, Leoben, Köflach, Frohleitens, St. Ruprecht an der Raab und Bruck geplant.

Knittelfeld hatte in der Zeit der Nazi-Herrschaft eine sehr aktive Widerstandsbewegung. 28 Knittelfelder und eine Knittelfelderin wurden wegen ihrer politischen Arbeit zum Tode verurteilt, im Konzentrationslager erschlagen oder starben an den schrecklichen Haftbedingungen. Ebenso wurden KnittelfelderInnen aus religiösen Gründen vertrieben, verhaftet und ermordet. Fast alle BewohnerInnen des sogenannten „Siechenhauses“ in der Gaalerstraße wurden ermordet.

Schon lange ist es uns ein Anliegen dieser Menschen auch mit Stolpersteinen zu gedenken. Um endlich zu Ergebnissen zu kommen, haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung folgenden Antrag gestellt:

Für eine aktive und offene Gedenkkultur: Stolpersteine in Knittelfeld

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Knittelfeld möge folgenden Grundsatzbeschluss fassen:

1. Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Knittelfeld bekennt sich zu einer aktiven Gedenkkultur für die aus politischen, rassistischen, religiösen, sozialen und medizinischen Gründen Verfolgten des NS-Regimes und zur Errichtung von Stolpersteinen im Stadtgebiet.
2. Der Bürgermeister richtet zeitnah eine Arbeitsgruppe ein, die allen interessierten GemeinderätInnen, so wie BürgerInnen und insbesondere Angehörigen der Opfer offensteht.
3. Diese Arbeitsgruppe wird dem Gemeinderat bis Jahresende geeignete Verlegungsorte für die Stolpersteine vorschlagen.

Der Antrag wurde mit dem Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt, nur die ÖVP stimmte mit uns. Der Antrag wurde an den Kulturausschuss zurückverwiesen. Dorthin, wo er seit mehr als zwei Jahren verschleppt, verzögert und keinerlei Schritte zur Umsetzung gesetzt wurden. Nicht einmal zum Grundsatzbeschluss Stolpersteine in Knittelfeld zu errichten, hat sich die SPÖ bekannt!

Die quadratischen Messingtafeln werden meist vor den letzten Wohn- oder Arbeitsstätten der NS-Opfer eingelassen.



Eine Schande für die SPÖ

Nur mehr wenige Menschen wissen, dass Knittelfeld ein Zentrum des Widerstands gegen den Faschismus war. Besonders bei der Eisenbahn wollten sich viele nicht mit Terror, Unterdrückung und Krieg abfinden.



In der Frauengasse wurde eine illegale Zeitung, „der Rote Obersteirer“ gedruckt. In Betrieben wurden Flugblätter verteilt und viele sammelten Geld für die Rote Hilfe, die Familien von Verhafteten unterstützte. In Leoben ist mir schon mehrmals aufgefallen, dass die Stolpersteine Menschen im Vorbeigehen auffallen und sie dann darüber zu reden beginnen - sie bringen zum Nachdenken.

Vor mehr als zwei Jahren habe ich das Thema zum ersten Mal im Kulturausschuss zur Sprache gebracht. Leider ohne Ergebnis. Es wurden immer wieder Gründe vorgeschoben warum man das Thema jetzt nicht behandeln könne. Zuerst Corona, jetzt der Krieg in der Ukraine. Im Gemeinderat haben wir uns erhofft, dass es mit unserem konstruktiven Vorschlag endlich zu einer Umsetzung kommen würde. Nie hätte ich damit gerechnet, dass die SPÖ gegen den Antrag stimmen würde.

Was in den Jahren 1938 bis 1945 passiert ist, darf nicht vergessen werden. Nur so können wir ähnliche Entwicklungen in Zukunft verhindern. Es ist außerdem eine große Ehre für unsere Stadt, dass so viele KnittelfelderInnen Widerstand geleistet haben. Ich fordere alle SPÖ-GemeinderätInnen auf, ihre Entscheidung zu überdenken. Denn eine Ablehnung von Stolpersteinen ist wirklich kein Ruhmesblatt für die Sozialdemokratie meint ...

...Ihre KPÖ-Gemeinderätin Sonja Karimi

8. März: Internationaler Frauentag

Am 5. März hat die KPÖ den internationalen Frauentag mit einer Aktion am Hauptplatz begangen. PassantInnen waren eingeladen an unserem Quiz zum Thema Gleichberechtigung teilzunehmen. Wie jedes Jahr wurden auch wieder rote Nelken verteilt.



Die richtigen Quiz-Antworten sorgten mehrmals für Überraschungen: Hätten Sie gewusst seit wann Frauen in der Schweiz auf allen Ebenen wählen dürfen? Erst seit dem Jahr 1990! Oder dass trotz 1990 eingeführter Väterkarenz, bis heute nur acht Prozent der Männer dieses Recht in Anspruch nehmen.

Den Frauentag gibt es seit über

100 Jahren. Vieles wurde bereits erreicht, um viele andere Dinge muss aber noch gerungen werden. Frauen machen ihren Job oft genug bis an den Rand der Erschöpfung oder sogar noch einen Schritt darüberhinaus – egal, ob in Vollzeit oder Teilzeit.

Inwieweit Frauen überhaupt erwerbstätig sein können, liegt an der Verteilung der unbezahlten Arbeit. Rund 75% aller Mütter sind teilzeitbeschäftigt - das ist kein individuelles Problem, sondern ein strukturelles, das verändert werden kann und muss!

Niemand hat die Frauen gefragt, ob sie „Heldinnen“ werden wollen und doch tragen überwiegend sie uns mit ihrer (schlecht) bezahlten und unbezahlten Arbeit durch die Krise und finanzieren zu einem guten Teil unseren Staatshaushalt.



Wenn Coronahilfsgelder ausbezahlt und Unternehmen aufgefangen werden, profitieren sie aber am wenigsten: Weltweit sind extrem Reiche die Krisengewinner! Die Vorstände der großen österreichischen börsenorientierten Unternehmen brauchen heuer im Durchschnitt fünf Tage (!), um das mittlere Jahreseinkommen eines Beschäftigten zu verdienen.

Reiche Menschen haben viel mehr Chancen und Möglichkeiten. Es ist Zeit, endlich Vermögende und SpitzenverdienerInnen höher zu besteuern. Das ist eine Frage der Demokratie und der Gerechtigkeit!

Arbeitslosengeld: 55% vom letzten Einkommen sind zum Leben viel zu wenig! 2 - 9. Mai: Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf“ unterstützen!



Wer arbeitslos wird, verliert derzeit in Österreich schlagartig fast die Hälfte seines Einkommens. Jetzt kommt auch noch eine gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten dazu. Das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf!“ fordert die rasche Anhebung des Arbeitslosengeldes auf zumindest 70% des Letztbezugs.

Wer arbeitslos ist wird schnell von Armut bedroht. Oft bleibt vom Arbeitslosengeld nach Abzug der Fixkosten nichts mehr übrig, Ersparnisse sind schnell aufgebraucht. **Die KPÖ unterstützt das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf“. Untersreiben auch Sie!** Die Eintragungswoche läuft vom 2. - 9. Mai.

www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Sprechstunde mit Sozialberatung
KPÖ-GR Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber
Mittwoch, 1. Juni
KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 10.00 bis 12.00 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus.



Neue Wirtschaftsförderungen: Gut für neue, Wettbewerbsnachteil für bestehende Geschäfte

Als unter Bürgermeister Siegfried Schafarik erstmals in Knittelfeld Wirtschaftsförderungsrichtlinien beschlossen wurden, wurden diese zuvor mehrmals mit allen Fraktionen diskutiert. Vorschläge wurden aufgenommen, die Richtlinien dann einstimmig beschlossen. Eine solche Vorgangsweise hätte auch jetzt gut getan.

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden die bestehenden Richtlinien für den Bereich der Innenstadt geändert. Nun gibt es einen Zuschuss zu Mietkosten und Investitionen. Laut Bürgermeister kann ein neues Geschäft bis zu 10.000 Euro an Förderungen erhalten.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Wirtschaftsförderungen, aber auch die bestehenden Geschäfte hatten es in der Corona-Zeit schwer und die Teuerung wird viele Menschen zwingen mehr zu sparen. So ist eine hohe Wirtschaftsförderung gleichzeitig ein Wettbewerbsvorteil für die Neueinsteiger.

Wir sind der Meinung, es sollten nur Geschäfte gefördert werden, für die es auch einen Bedarf gibt, auch keine Handelsketten und Konzerne. Außerdem sollte man Überlegungen anstellen, wie auch bereits bestehende Geschäfte unterstützt werden könnten. Negativbeispiel sind wohl die drei Eissalons am Hauptplatz. Mit den neuen Richtlinien könnte theoretisch ein viertes Geschäft, gefördert mit Mietenzuschuss und Investitionsprämie, neue Konkurrenz machen.

Leider bestand keinerlei Bereitschaft auf unsere Bedenken einzugehen. Die neuen Richtlinien wurden vom Bürgermeister sogar vor(!) der Beschlussfassung im Gemeinderat in den Medien präsentiert. Die KPÖ hat den neuen Richtlinien nicht zugestimmt.



**Raiffeisenbank
Aichfeld**



1.000 Euro mehr für Lernbetreuung sind SPÖ, ÖVP und FPÖ zu viel!

Am Anfang meiner Tätigkeit im Knittelfelder Gemeinderat habe ich gemeinsam mit anderen KPÖ-GemeinderätInnen das Lerncafé Mond der Caritas besucht und mir ein Bild von der wichtigen Arbeit machen können.

Kinder zwischen 6 und 15 Jahren werden dort beim Lernen und den Hausübungen unterstützt, können gemeinsam spielen und kreativ sein. Das ganze Angebot ist kostenlos - wichtig für Familien, die sich keine teuren Nachhilfestunden leisten können. Kinder unterschiedlicher Kulturen kommen zusammen, so wird auch Integration gefördert. Durch professionelle und ehrenamtliche Lernhilfe wird die Grundlage für selbstständiges Lernen und einen guten Start ins Leben geschaffen.

Die Stadtgemeinde hat das Lerncafé in den letzten Jahren mit 6.000 Euro gefördert. Aufgrund gestiegener Kosten hat die Caritas um eine Erhöhung der Förderung auf 7.000 Euro ersucht.

Da es um eine wichtige Initiative geht, hat die KPÖ den Antrag gestellt in diesem Jahr 7.000 Euro ausbezahlen. Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die SPÖ begründete das damit, dass die Förderung vor fünf Jahren um 1.000 Euro erhöht worden ist.

Wenn Wirtschaftsförderungen in der Höhe von 65.000 Euro beschlossen werden (siehe Bericht Seite 4) und außerdem aus dem Rechnungsabschluss hervorgeht, dass die Gemeinde einen Überschuss von 2,2 Millionen hat, ist es für mich völlig unverständlich, dass man nicht bereit ist 1.000 Euro mehr in die Zukunft der Knittelfelder Kinder zu investieren meint...

...Ihre KPÖ-Gemeinderäin Sylvia Lammer



Wohnung zu vermieten



Hochhaus, Sandgasse 8, Neue Küche,
3 Zimmer, ca. 70 m² & Kellerabteil
Kontakt: 0676/7996811

Krieg in der Ukraine - ein verhinderbarer Krieg

Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Er hat entsetzliches Leid über viele Menschen gebracht. Dieser Krieg ist nicht zu rechtfertigen. Aber dieser Krieg hat – wie jeder andere auch – eine Vorgeschichte. Diese muss diskutiert und beachtet werden, nicht um den Krieg zu relativieren, sondern um Vorschläge für Lösungen entwickeln zu können.

Die NATO drängt an die russische Grenze
Vergleicht man die NATO-Länder auf einer Landkarte von 1990 mit jetzt wird schnell klar: Nicht Russland expandiert seit Jahren Richtung Westen, sondern die NATO bzw. die EU Richtung Osten bis an die russische Grenze. 1990 gab es 16 NATO-Staaten, heute sind es 30. 1999: Polen, Tschechien, Ungarn. 2004: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. 2009: Albanien und Kroatien. 2017: Montenegro. 2020: Nordmazedonien.



Der Drang nach Osten Entgegen den Zusagen bei den Gesprächen zur deutschen Wiedervereinigung, dass es keine Erweiterung der NATO in Richtung Osten geben werde, ist Russland nun eingekreist. Denn im Gegensatz zum „Warschauer Pakt“ - dem Militärbündnis der sozialistischen Länder, wurde die NATO nicht aufgelöst, sondern erweitert und weiter aufgerüstet. Die zahlreichen russischen Proteste gegen den Bruch der Zusagen und die Osterweiterung wurden von USA und EU achselzuckend übergangen.

1991 änderten die NATO-Mitgliedsstaaten ihre Militärdoktrin vom Verteidigungsfall hin zum Angriffskrieg mit einem Mandat zum weltweiten Eingriff. Seitdem gab es zahlreiche NATO-Angriffs-

kriege und Militärinterventionen, teilweise auch mit EU-Unterstützung: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien...



2001 wurde eines der wichtigsten Rüstungskontrollabkommen, der ABM-Vertrag zur Begrenzung der Raketabwehrsysteme, von den USA einseitig gekündigt. Seitdem sind zahlreiche neue Raketabwehrsysteme der NATO in Osteuropa und auf Kriegsschiffen im Mittelmeer stationiert worden.

In Rumänien, Bulgarien und im Kosovo wurden US Militärbasen errichtet. In den anderen Ländern, z.B. Polen, eine stetig steigende Anzahl von NATO-Soldaten stationiert, immer zahlreicher wurden die NATO-Militärmanöver an der Grenze zu Russland.

2019 kündigte die US-Regierung den INF-Vertrag, der die Stationierung von nuklearen Raketensystemen mit mittlerer und kürzerer Reichweite verbietet. 2021 erfolgte die Reaktivierung des (1993 geschlossenen) 56. Artilleriekommandos mit Sitz im deutschen Wiesbaden. Es dient der Koordination von Raketeneinsätzen der USA-Streitkräfte und ihrer NATO-Verbündeten. Ein bedrohliches Signal, dass die NATO die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Osteuropa plant.



Bereits im Oktober 2015 haben wir in unseren Knittelfelder Nachrichten voller Sorge über den Konflikt um die Ukraine und die drohende Kriegsgefahr berichtet:

„**Die** Kriegsgefahr in Europa steigt. Es müsste einen Aufschrei dagegen geben. Deshalb widmen wir diesem Thema auch die Titelseite unserer Zeitung. Es braucht eine neue starke Friedensbewegung. Die Menschen müssen aktiv werden. Frieden ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts.

Russland wird eingekreist und reagierte mit neuer Aufrüstung und mit der Annektion der Krim. Der „Drang nach Osten“ hat uns in der Geschichte schon mehrmals Krieg und Leid gebracht. Nun entwickelt sich wieder eine brandgefährliche Situation.“

So haben wir 2015 geschrieben. Seither wurde von Seiten der USA, und der EU nichts getan um den Konflikt zu entschärfen, ganz im Gegenteil.

Ukraine in der NATO- eine rote Linie

Seit vielen Jahren hat Russland gegen das Vorrücken der NATO protestiert und klar gemacht, dass es sich in seinen Sicherheitsinteressen bedroht fühlt.

Zahlreiche russische Politiker, aber auch westliche Diplomaten und Sicherheitsexperten haben darauf hingewiesen, dass mit einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für Russland eine rote Linie überschritten werde. Der nachvollziehbare Hintergrund: Russland hat eine rund 2.300 km lange Grenze zur Ukraine. Dort stationierte Atomwaffen könnten in wenigen Minuten Moskau und andere strategische Zentren in Russland erreichen – und zerstören.

Ukraine: Spielball zwischen Ost und West

Die heutige Ukraine entstand 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion. Wie in vielen Nachfolgestaaten lebt auch hier eine starke russische Minderheit. Die Ukraine gehört zu den ärmsten Ländern Europas. In EU Dokumenten werden mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Korruption als wesentliche Probleme der Ukraine bezeichnet. Wie auch in Russland liegen Macht und Reichtum in den Händen weniger Oligarchen.

Auf Grund der sinkenden Lebenserwartung und der massiven Auswanderung ist die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren stark gesunken. Millionen junge UkrainerInnen haben das Land verlassen. Wie in vielen anderen osteuropäischen Ländern sichern ihre Auslandsüberweisungen vielen Menschen in der Ukraine das Überleben.

Im Jänner 1994 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, der Ukraine und der USA das Abkommen über die Vernichtung der auf ukrainischem Staatsgebiet stationierten Atomwaffen. Dadurch wurde der atomwaffenfreie Status der Ukraine bestätigt - ein Schritt in eine friedlichere Welt. Dieser Weg wurde leider nicht fortgesetzt.



Im Zuge der NATO und EU-Osterweiterung wurde der Ukraine 2008 eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. 2013/2014 wurde ein EU-Assoziationsabkommen verhandelt. Russland hat dargelegt keine Einwände gegen eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine zu haben, wichtig sei aber, dass die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland nicht gefährdet werden, eine NATO-Mitgliedschaft sei aber mit den russischen Sicherheitsinteressen nicht vereinbar.

Kein selbständiger Handel mehr mit Russland

Das von der EU vorgelegte Assoziierungsabkommen sah allerdings keine selbstständigen Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit Russland vor, bisher der wichtigste Wirtschaftspartner. Ukrainische Industrieprodukte sind aber auf dem EU-Markt nicht konkurrenzfähig und für die Agrarprodukte gab es von Brüssel nur geringe Importquoten.

Da das EU Abkommen massive wirtschaftliche Nachteile beinhaltet und damit die mühsame Balance zwischen Ost und West zerstört werden würde lehnte die damalige Regierung Janukowitsch das EU-Abkommen schließlich ab.

Es ging um Wirtschaftsinteressen nicht um Demokratie

Das war der Startschuss und wahre Hintergrund für die massive Unterstützung der ukrainischen Opposition durch USA und EU. Milliardenbeträge und ausländische Berater ebneten den Weg zum gewaltsamen Putsch vom Februar 2014. Eine pro-westlichen Regierung kam an die Macht. Eine wesentliche Rolle spielten dabei faschistische Kräfte, die in der heutigen Ukraine auch militärisch eine bedeutende Rolle spielen.

Die neue Regierung hat das EU-Assoziierungsabkommen unterzeichnet und den Kurs Richtung NATO vorangetrieben. Die Rechte der Russischen Minderheit wurden beschnitten. Ergebnis des Staatsstrechs von 2014 war die Annexion der Krim durch Russland (wobei über 90 Prozent der dortigen Bevölkerung für den Anschluss an Russland gestimmt haben) und der Aufstand der Volksrepubliken

Donezk und Luhansk. Es folgte ein bis jetzt andauernder Bürgerkrieg, der bisher rund 14.000 Menschen das Leben gekostet hat.

Minsker Abkommen – eine Chance für den Frieden

Nachdem die ukrainische Armee deutliche Niederlagen gegen die Volksrepubliken einstecken musste wurden in Minsk zwischen Deutschland, Frankreich, Russland, der Ukraine und den Volksrepubliken zwei Abkommen ausgehandelt, die die Basis für eine Lösung des Konflikts hätten sein können. Darin wurde ein Waffenstillstand vereinbart und dass sich alle ausländischen Militärs aus der Ukraine zurückziehen, sowie Wahlen, eine neue Verfassung und mehr Selbstverwaltung für die Volksrepubliken. Das Abkommen wurde nicht umgesetzt.

Die ukrainische Regierung setzte weiterhin auf NATO-Mitgliedschaft und hat dieses Ziel sogar in der Verfassung festgeschrieben. Die Ukraine wurde aufgerüstet, NATO Militärs ins Land gelassen, gemeinsame Militärmanöver auf ukrainischem Boden durchgeführt. Das verarmte Land gibt rund vier Prozent seines BIP für sein Militärbudget aus. Anfang 2021 hat Präsident Selensky den offiziellen Auftrag erteilt, Pläne für die Rückeroberung der Krim und der Volksrepubliken auszuarbeiten.

Eine friedliche Lösung war nicht gewollt



Die Minsker Abkommen sind völkerrechtlich verbindlich

Dokumente und eine Basis für eine friedliche Lösung. Die Vertragspartner und auch die Garantemächte Frankreich, Deutschland und Russland, haben nichts getan um die Abkommen wirklich umzusetzen. **Eines ist klar: ohne die wohlwollende Zustimmung vor allem der USA aber auch der EU hätte die ukrainische Regierung niemals diesen Konfrontationskurs gestartet.**

1 Was bedeutet der Überfall Russlands auf die Ukraine?

Es ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Er fordert Menschenleben und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Mit jeder Minute, die dieser Krieg andauert, mit jedem getöteten und verwundeten Menschen, mit jedem Akt der Zerstörung, mit jedem Menschen, der zur Flucht gezwungen wird, verhärten sich die Fronten, steigen Verbitterung und Hass. Das Finden von Lösungen wird schwerer und die Gefahr einer noch größeren Eskalation steigt.

2 Ukrainische Politiker fordern Waffenlieferungen. Ist das sinnvoll?

Nein! Das würde nur weiteres Öl ins Feuer gießen. Es muss aber darum gehen, den Brand schnellstmöglich zu löschen. „Meine Agenda für das Treffen hat drei Punkte: Es sind Waffen, Waffen, Waffen“, fasste der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bei einem Besuch in Brüssel zusammen. Das nützt nur der Rüstungsindustrie, deren Aktienkurse gerade Höhenflüge erleben. Was es aber wirklich braucht, ist Frieden, Frieden, Frieden! Denn eine totale Konfrontation birgt auch die Gefahr eines Atomkriegs, was nicht nur für die Menschen in der Ukraine, sondern in ganz Europa fatal wäre.



3 Was bringen Sanktionen?

Die Milliarden-Vermögen von Oligarchen im Ausland einzufrieren übt Druck auf die herrschende Klasse Russlands aus. Die meisten Sanktionen treffen jedoch die einfachen Menschen – und das nicht nur in Russland, sondern auch bei uns. Deshalb sind Wirtschaftssanktionen abzulehnen. Es gibt, aller Propaganda zum Trotz, keine breite Kriegs-



Der Krieg Russlands gegen die Ukraine wirft viele Fragen auf.
Gerade jetzt geht es darum, an der Neutralität festzuhalten und sie mit neuem Leben zu füllen.

begeisterung unter den Russinnen und Russen. Die Menschen wollen Frieden. Und sie tragen diese Forderung auch auf die Straßen vieler russischer Städte. Sanktionen, die breite Teile der Bevölkerung treffen, könnten dazu führen, dass sie sich mit der russischen Regierung solidarisieren. Wirtschaftssanktionen haben noch nie zur einer Haltungsänderung einer Regierung geführt, aber millionenfaches Leid für die Zivilbevölkerung gebracht. So haben die US-Sanktionen gegen den Irak rund 500.000 Kindern das Leben gekostet.

4 Was kann Österreich zum Frieden beitragen?

Österreich hat eine lange, auf seiner immerwährenden Neutralität fußende Tradition der vermittelnden Außenpolitik und durch sein Engagement für weltweite Abrüstung wesentliche Beiträge geleistet – etwa beim Verbot von Anti-Personen-Minen, Streubomben der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen. Wien ist ein Sitz der Vereinten Nationen und könnte zum Ort für Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine und für die Wiederherstellung einer Friedensordnung in Europa werden.

5 Es wird behauptet, neutrale Staaten wären schutzlos. Ist das so?

Im Gegenteil. Die aktive Neutralitätspolitik hat Österreich viel Ansehen und Vertrauen in der

Welt gebracht. Staaten, die keine Kriege führen, sind seltener Terror-Angriffsziele und werden international nicht als Bedrohung wahrgenommen. Seit dem EU-Beitritt wurde die Neutralität jedoch immer weiter ausgehöhlt. So beteiligt sich Österreich etwa an der sogenannten „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ oder den EU-Kampfgruppen.



In Zukunft will die EU sogar Drohnenkriege selber führen. Bis 2027 soll mit Milliardenaufwand eine eigene Euro-Drohne aus der Taufe gehoben werden. Die Finanzierung erfolgt unter anderem über einen eigenen EU-Rüstungstopf, in den auch Österreich einzahlt.

Manche gehen jetzt noch weiter: ÖVP-Vordenker Andreas Kohl, manche Kreise der NEOS oder auch Kleine-Zeitung-Chefredakteur

Patterer kokettieren offen mit der Entsorgung der Neutralität und teilweise sogar mit einem NATO-Beitritt.

Die Bevölkerung sieht das ganz anders. Fast vier Fünftel wollen an der Neutralität festhalten. Darum sah sich Bundeskanzler Nehammer auch gezwungen, sie „außer Streit“ zu stellen. Doch seine Parteikollegin Verteidigungsministerin Tanner hingegen will sich an einer „EU-Eingreiftruppe“ beteiligen.

6 Die ÖVP will die Militärausgaben Österreichs drastisch anheben. Bringt das mehr Sicherheit?

Schon jetzt übersteigen die Militärausgaben der NATO die von Russland um ein Vielfaches. Die Militärausgaben der NATO betragen im Jahr 2021 1024 Milliarden Dollar, jene Russlands 60 Milliarden Dollar. Die gewaltigen Rüstungsausgaben haben die Welt aber nicht sicherer gemacht.



Nun will Ministerin Tanner das Regelmittel des Bundesheeres von 0,6 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anheben. Das sind dann sechs Milliarden(!) Euro oder rund 930 Euro pro erwachsenem Österreicher im Jahr. Keine Frage: das Bundesheer braucht finanzielle Mittel um wichtigen Aufgaben beim Katastrophenschutz oder der Cyber-Abwehr nachkommen zu können. Doch Aufrüstung, um international mitmischen zu können, ist fehl am Platz: **Gelder, die jetzt für Kriegsgerät ausgegeben werden, fehlen dringend für Bereiche wie Gesundheit, Pflege, Bildung oder Wohnen.**

Seit Wochen herrscht Krieg in der Ukraine. Wir sind traurig und entsetzt über diesen Krieg, aber auch über die Art der Entscheidungen und Reaktionen, die dem russischem Angriff folgten.

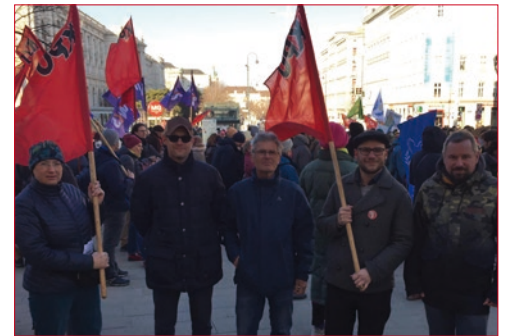
Bisher beispiellose Sanktionen wurden gegen Russland verhängt, obwohl Sanktionen noch nie etwas positives bewirkt haben. Den Preis dafür zahlen nicht die gut bezahlten PolitikerInnen, sondern die Menschen in Russland und bei uns mit einer Schädigung der Wirtschaft und einer Teuerung, die für viele katastrophale Folgen haben wird.

Plötzlich gibt es kein Halten mehr beim Ruf nach immer neuen Waffenlieferungen und Aufrüstung. Wo immer erklärt wurde es fehle das Geld, z.B. für Gesundheit, Pflege oder andere dringend notwendige Verbesserungen, werden nun ohne mit der Wimper zu zucken Milliardenbeträge für Rüstung freigegeben. Aufrüstung, die mit unseren Steuergeldern bezahlt wird - auf Kosten unserer Lebensqualität.

Plötzlich herrscht eine Kriegsrethorik und der Aufbau von Feindbildern, die wir schon als längst überwunden glaubten. Man hat den Eindruck, dass die herrschenden Eliten nicht an einer Deeskalation interessiert sind. Wo bleibt das Ringen nach Lösungen? Wo bleiben die Initiativen zur Beendigung des Kriegs, anstatt immer neues Öl ins Feuer zu gießen?

Die Waffen nieder!

Krieg ist ein Verbrechen. Der Angriffskrieg Russlands genauso wie die zahlreich geführten Angriffskriege von USA und EU. Dabei geht und ging es nicht um Demokratie und Menschenrechte, sondern um Wirtschafts- und Machtinteressen. Russland ist ein kapitalistisches Land, die Interessen seiner Eliten treffen auf die Interessen der Eliten von USA und EU. **Uns geht es aber um die Menschen. In der Ukraine, in Russland, bei uns und in der ganzen Welt. Sie sind die Verlierer dieser Konflikte.**



KPÖ-GR Renate Pacher, Jürgen Solic, GR Erich Wilding, GR Josef Meszlenyi und GR Rene Windegger bei einer Demonstration gegen den Ukraine-Krieg in Wien.

Es braucht eine breite Bewegung für eine rasche Beendigung des Krieges und eine neue Sicherheitsordnung, Völkerverständigung und Abrüstung. Das kann zu einer Überlebensfrage werden. Der derzeitige Krieges- und Eskalationskurs ist eine Gefahr für die Existenz der Menschheit.

10 Regeln der Kriegspropaganda

Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst! Alle Seiten sind im Krieg daran interessiert auch die Schlacht um die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen. Deshalb ist es wichtig, die von der Friedensforschung formulierten 10 Regeln der Kriegspropaganda im Hinterkopf zu behalten:

1. Wir wollen keinen Krieg!
2. Der Gegner ist für den Krieg verantwortlich!
3. Die Führer des Gegners sind Monster!
4. Wir verteidigen ein edles Ziel und keine Interessen!
5. Der Feind begeht bewusst Verbrechen, wir nur unbeabsichtigt
6. Der Feind benutzt unerlaubte Waffen
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners erheblich
8. KünstlerInnen und Wissenschaft unterstützen uns
9. Unser Anliegen ist heilig
10. Wer unsere Propaganda anzweifelt, arbeitet für den Feind



Für eine nachhaltige Alternative zur Airpower

Aufgrund des Krieges ist die Kritik an der Airpower gewachsen. Auch die SPÖ fordert die Verschiebung. In einigen Gemeinden, so auch in Knittelfeld, hat es Anträge dazu gegeben. Auch das zeigt, dass die Airpower keine harmlose Familienveranstaltung ist.

Die KPÖ ist der Ansicht, dass die Airpower weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart und schon gar nicht in der Zukunft für Massen- und Familienveranstaltungen geeignet ist. Kriegswaffen sind kein Kinderspielzeug! Wir haben deshalb folgenden Antrag gestellt:

Der Antrag der KPÖ

Der Gemeinderat spricht sich für die Entwicklung eines Alternativkonzepts für eine mehrwöchige wiederkehrende Ersatzveranstaltung für die Airpower im Murtal aus. Diese Veranstaltung sollte sowohl das Umweltbewusstsein stärken, als auch wirtschaftliche und touristische Bedeutung haben. Grundlage für eine solche Alternativveranstaltung könnte das Konzept „Nie wieder Airpower“ der KPÖ sein.

Begründung:

Die Kritik an der Airpower wurde in den letzten Jahren immer stärker. Neben der extremen Lärmbelastung für die Bevölkerung, der Kritik an der Präsentation von Waffen und der Ablehnung der Verwendung der großen Summen an Steuergeld für diese Veranstaltung, bekam auch der Umwelt- und Klimaschutzgedanke bei der Ablehnung immer mehr Gewicht.

Durch den tragischen Krieg in der Ukraine wurden nun viele Menschen dafür sensibilisiert, dass bei

der Airpower eben auch jene Art von Waffen gezeigt wird, die wenige hundert Kilometer von uns entfernt so viel Leid und Zerstörung bringen.

Die Stimmen für eine Absage der Airpower mehren sich, BürgerInnen, politische Parteien und auch der Vorsitzende des Tourismusverbandes Michael Ranzmaier-Hausleitner sprechen sich gegen die Airpower 2022 aus. Die Bedenken gegen diese Veranstaltung bestätigen, dass es sich dabei eben nicht um eine „harmlose Familienveranstaltung“ handelt.

Eine Verschiebung ist zu wenig

Eine Absage der Airpower ist das Gebot der Stunde. Aber eine Verschiebung ändert nichts am Grundcharakter dieser Veranstaltung. Auch bei einer Airpower 2023 würden todbringende Waffen präsentiert und durch den Eventcharakter der Airpower und die technische Faszination verharmlost. Deshalb ist es notwendig ein Konzept für eine Alternativveranstaltung zu entwickeln.

Petition „Nie wieder Airpower“: Jetzt unterschreiben!

Wir fordern nicht nur die Absage der Airpower 2022, sondern ein Ende dieser Art von Veranstaltungen. Wir treten ein für eine sinnvolle und nachhaltige Alternative, die einen Beitrag leistet, das Bewusstsein für den Klimawandel, neben Krieg die zweite große Bedrohung für die Menschheit, zu steigern.

Wir haben dafür eine Online-Petition gestartet und laden Sie ein, diese mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Sie können die Petition über folgenden QR-Code erreichen und finden sie außerdem auf unserer Facebookseite: KPÖ Murtal. Sehr gerne schicken wir



Antrag kommentarlos abgelehnt

Wir hätten uns erwartet, dass auf Grund des Kriegs in der Ukraine und der wachsenden Umweltproblematik nun endlich die Bereitschaft besteht über ein Ende der Airpower nachzudenken. Um die wirtschaftliche Wertschöpfung zu erhalten, wäre es auch hoch an der Zeit über sinnvolle Alternativveranstaltungen nachzudenken. Nichts davon ist geschehen.

Unser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ kommentarlos abgelehnt. Damit wird eine Chance vertan. Wie die SPÖ nur eine Verschiebung der Airpower zu fordern ist in Wahrheit inkonsequent und eine Augenauswischerei.

